

Jürgen Rausch

Merz, die Brandmauer und die Grundwerte der CDU

Über Haltung, Macht und das moralische Fundament der Demokratie

1. Politik am Rand des Feuers

Wenn Friedrich Merz von der *Brandmauer* spricht, greift er zu einem Bild, das älter ist als die Politik selbst. Eine Brandmauer schützt das, was trägt – nicht durch Lautstärke, sondern durch Standfestigkeit. In der gegenwärtigen Lage der Republik ist dieses Bild zu einem Prüfstein geworden: Schützt die CDU die freiheitliche Demokratie durch Prinzipientreue, oder lässt sie sich vom Zeitgeist des Populismus anstecken?

Die Versuchung ist offensichtlich: Wer Stimmen verliert, schaut nach rechts, wo einfache Antworten locken. Doch die Geschichte der Christdemokratie lehrt, dass Macht, die sich von Moral trennt, unweigerlich ihre Seele verliert. Der Kampf um die Mitte ist kein taktischer, sondern ein sittlicher Auftrag. Und: Die Brandmauer ist kein Eigentum der CDU, auch wenn ihre Wortführer – Merz, Linnemann oder Söder – sie rhetorisch stark mit der Union verbinden.

Tatsächlich ist sie ein gemeinsamer Schutzmechanismus der demokratischen Kultur – und muss von allen Parteien, die das Grundgesetz tragen, verteidigt werden: CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP, Linke (sofern sie verfassungstreue agiert) und selbst Teilen der Zivilgesellschaft.

Wenn CDU-Politiker so tun, als läge die Bewahrung dieser Linie allein in ihrer Hand, dann ist das eine doppelte Überschätzung:

1. inhaltlich, weil Demokratieschutz eine Querschnittsaufgabe ist – kein Alleinstellungsmerkmal;
2. strategisch, weil eine moralische Selbstinszenierung als „letzte Bastion“ leicht in Selbstüberhöhung kippt.

In Wahrheit lebt die Brandmauer nicht von Besitzansprüchen, sondern von Konsens. Sie ist Ausdruck eines überparteilichen Grundkonsenses, den die Bundesrepublik über Jahrzehnte stabilisiert hat: die Ablehnung aller extremistischen Kräfte, egal ob von rechts oder links. Die Fähigkeit nach einem Konsens zu streben, ist vielen Politikern offensichtlich abhandengekommen – das eigene Streben nach Macht und Selbstdarstellung, so der Eindruck, gefährdet die politische Handlungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie.

2. Die Brandmauer als Gewissenslinie

Die Brandmauer ist kein Bollwerk gegen Debatte, sondern eine Linie der Selbstachtung. Sie markiert den Punkt, an dem politisches Kalkül endet und Gewissen beginnt. Ihre Funktion ist nicht Abgrenzung aus Dünkel, sondern Schutz vor der Zersetzung des Demokratischen durch Relativismus. Friedrich Merz steht hier vor der klassischen Spannung zwischen Führung und Versuchung: Wird er derjenige sein, der die Mauer mit Leben füllt – oder der sie, in der Hoffnung auf neue Mehrheiten, zur Durchgangstür macht? Die Antwort entscheidet, ob die CDU glaubwürdig bleibt. Denn wer mit Kräften liebäugelt, die den Rechtsstaat verächtlich machen und die Gesellschaft in „Wir“ und „Sie“ spalten, verliert mehr als Wähler – er verliert den moralischen Kompass. Die Brandmauer ist daher nicht primär eine parteipolitische, sondern eine zivilisatorische Errungenschaft.

3. Die Grundwerte als Fundament

Die CDU hat sich nach 1945 gegründet, um aus dem moralischen Bankrott einer Nation eine demokratische Ordnung zu formen. Ihr christliches Menschenbild ist keine Dekoration, sondern Antwort auf die Erfahrung von Entmenschlichung. Freiheit, Verantwortung und Solidarität – das sind keine Schlagworte, sondern Koordinaten einer Ethik der Mitte. Dieses Fundament unterscheidet die CDU von Bewegungen, die Angst zur Währung machen. Wer die Mitte ernst nimmt, weiß, dass politische Stabilität nicht durch Feindbilder entsteht, sondern durch Vertrauen. Kompromiss ist kein

Verrat, sondern Ausdruck demokratischer Reife. Gerade heute wird diese Haltung neu gefordert: in der Reform des Sozialsystems, in der Frage nach Wehrpflicht und Gesellschaftsjahr, in der Debatte über Reichtum und Verteilungsgerechtigkeit, in der Energiewende und der Sicherung von Bezahlbarkeit.

4. Soziale Gerechtigkeit als Maßstab, nicht als Parole

Die Diskussion um die Reform des Sozialstaates ist mehr als eine fiskalische Frage. Sie betrifft das Menschenbild, auf dem die Republik ruht. Soziale Gerechtigkeit darf nicht nur Umverteilung bedeuten, sondern muss Teilhabe, Würde und Leistung zugleich ermöglichen. Eine CDU, die soziale Marktwirtschaft ernst nimmt, darf nicht zulassen, dass das Prinzip der Eigenverantwortung in Zynismus verkehrt wird – ebenso wenig darf sie zulassen, dass Armut zur politischen Nebensache verkommt. Die wahre Aufgabe liegt im *Ausräumen struktureller Ungerechtigkeiten*, nicht im bloßen Erhöhen oder Kürzen von Leistungen. Das erfordert Mut zur Systematik: klare Prioritäten, gerechte Anreize, stabile Sicherungssysteme. Eine moderne Sozialpolitik muss befähigen, nicht bevormunden.

5. Pflicht, Dienst, Zusammenhalt

Auch die Diskussion um Wehrpflicht und Gesellschaftsjahr ist im Kern eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wer in Freiheit leben will, muss bereit sein, etwas für sie zu tun. Ein allgemeines Dienstjahr – militärisch, sozial oder ökologisch – könnte zu einer Schule der Demokratie werden. Es würde Pflichten mit Chancen verbinden und die Solidarität zwischen Generationen erneuern. Hier kann die CDU zeigen, dass konservativ nicht rückwärtsgerichtet heißt, sondern wertebewahrend. Eine Gesellschaft, die ihren Zusammenhalt erneuern will, braucht Orte gemeinsamer Verantwortung. Dienst am Gemeinwesen ist kein Zwang, sondern Ausdruck reifer Freiheit.

6. Eigentum verpflichtet – auch in der Klimapolitik

Die Debatte um die Besteuerung von Reichtum und Vermögen ist ein Prüfstein für die soziale Balance. Eine CDU, die sich auf Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft beruft, darf Eigentum nicht sakralisieren, sondern muss es in den Dienst des Gemeinwohls stellen. Leistung soll sich lohnen – aber sie darf nicht zur Legitimation wachsender Ungleichheit werden. Das gilt ebenso für die Energiewende: Wer den Umbau der Wirtschaft fordert, muss die Menschen mitnehmen. Energiepolitik ist Gesellschaftspolitik. Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und ökologische Verantwortung bilden kein Nullsummenspiel, sondern ein Dreieck, das nur durch Innovation und Maßhalten stabil bleibt. Eine Politik, die nur Verbote kennt, überfordert die Mitte; eine, die Probleme leugnet, verrät die Zukunft.

7. Die Brandmauer als Selbstprüfung der Demokratie

Die Brandmauer schützt nicht nur die CDU, sondern die Demokratie selbst. Denn die Demokratie kann ihre Feinde nicht durch Nachahmung besiegen. Sie lebt von Vertrauen, nicht von Misstrauen; von Verantwortung, nicht von Verführung. Der Auftrag der Christdemokratie ist es, das institutionelle Gedächtnis des Landes zu bewahren – jene Erinnerung daran, dass Freiheit immer gefährdet ist, wenn sie nicht täglich verteidigt wird. Nicht durch Pathos, sondern durch Haltung. Merz' Name wird in die Geschichte der Partei eingehen – entweder als derjenige, der die Brandmauer befestigte, oder als derjenige, unter dem sie zu brennen begann. In dieser Entscheidung liegt mehr als Strategie: Sie betrifft das moralische Selbstverständnis der politischen Mitte in Deutschland.

8. Die Brandmauer als gemeinsame Aufgabe der demokratischen Mitte

In jüngsten Debatten entsteht der Eindruck, als sei die Brandmauer ausschließlich Sache der CDU. Stimmen wie Carsten Linnemann oder Friedrich Merz verknüpfen ihren Erhalt mit der

inneren Stärke der Union – ein moralischer Anspruch, der auf den ersten Blick ehrenwert, bei genauerer Betrachtung jedoch überheblich wirkt. Denn Demokratieschutz ist kein Parteibesitz. Die Brandmauer ist ein gemeinsames Bauwerk aller Parteien, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen: CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, auch die demokratische Linke. Sie alle sind Träger einer politischen Kultur, die sich der Würde des Menschen verpflichtet weiß. Wer – gleich welcher Couleur – den Alleinanspruch erhebt, die Demokratie zu retten, überschätzt nicht nur die eigene Kraft, sondern unterschätzt die kollektive Natur demokratischer Selbstbindung. Demokratie ist ein *Gemeinschaftswerk der Vernünftigen*.

Das bedeutet:

- Die CDU darf die Brandmauer nicht als Besitzstand verteidigen, sondern als Verpflichtung teilen.
- Die SPD muss ihre sozialstaatliche Vernunft wahren, ohne in populistische Nachahmung zu verfallen.
- Die FDP muss Freiheit als Verantwortung verstehen, nicht als Selbstzweck.
- Die Grünen müssen ökologische Transformation mit gesellschaftlichem Realismus verbinden.

Die Brandmauer steht – oder fällt – mit der Fähigkeit dieser demokratischen Mitte, Unterschiede auszuhalten, ohne sich gegenseitig zu delegitimieren. Sie ist Ausdruck dessen, was Habermas als *Verfassungspatriotismus* bezeichnet: die gemeinsame Loyalität gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, unabhängig von parteipolitischer Herkunft. Wenn sich demokratische Parteien im Wettbewerb um moralische Überlegenheit gegenseitig entwerten, dann wird die Mauer nicht durch die AfD eingerissen, sondern durch die Eitelkeit derer, die sie eigentlich stützen sollen. Nur wenn alle die Mitte als gemeinsames Terrain begreifen, kann sie halten.

Das Feuer hüten, nicht schüren

Die CDU steht vor der Wahl, ob sie Wächterin oder Wandlerin der Demokratie sein will. Ihre

Grundwerte – christlich, sozial, liberal – sind nicht Vergangenheit, sondern Zukunftsvorsorge.

Das bedeutet heute:

- sozial gerecht zu reformieren, ohne Gleichmacherei,
- Wehrpflicht und Gesellschaftsdienst zu denken, ohne Militarismus,
- Eigentum zu schützen, ohne soziale Kälte,
- Energiewende zu gestalten, ohne ökonomische Überforderung.

Eine Brandmauer, die hält, schützt nicht vor Debatte, sondern vor Enthemmung. Sie ist das Versprechen, dass Macht nicht wichtiger wird als der Maßstab.

Das heißt: Macht ist das Mittel der Politik – der Maßstab aber ihr moralischer Zweck. Wer die Reihenfolge vertauscht, verliert Orientierung und Glaubwürdigkeit. Eine christdemokratische Partei kann Kompromisse eingehen, aber sie darf nie ihre Seele verkaufen. Ihre Stärke liegt darin, die Macht zu gebrauchen, ohne sich von ihr gebrauchen zu lassen. Solange diese Überzeugung gilt, bleibt die CDU – und mit ihr die demokratische Mitte – das, was sie sein sollen: die verlässliche Stimme der Vernunft im politischen Haus der Republik, Hüterinnen eines Feuers, das wärmt, aber nicht verbrennt.

Buchempfehlungen

Christoph Möllers (2021): *Freiheitsgrade. Elemente einer liberalen Demokratie*

Berlin: Suhrkamp. ISBN 978-3-518-29974-7

Möllers untersucht die Demokratie nicht als Idealzustand, sondern als fragiles System aus Machtbegrenzung, Vertrauen und Konfliktfähigkeit. Er beschreibt sie als „Regelwerk, das Freiheit ordnet, ohne sie zu ersticken“. Damit bietet das Buch eine präzise juristisch-philosophische Grundlage für das Verständnis der Brandmauer-Debatte:

- Freiheit braucht Grenzen, damit sie überhaupt wirksam sein kann. Die liberale Demokratie ist kein „anything goes“, sondern eine Struktur, die Konflikte ermöglicht, aber Extremismus ausschließt.

- Institutionen sind die wahren Brandmauern – nicht moralische Appelle, sondern stabile Verfahren, Checks and Balances und eine aktive Öffentlichkeit schützen vor populistischer Erosion.
- Möllers kritisiert die Vorstellung einer moralisch überhöhten Mitte: Demokratische Stärke entsteht nicht durch moralische Reinheit, sondern durch Selbstbegrenzung, Vertrauen in die Regeln und Bereitschaft zum Streit nach denselben Spielregeln.

Er plädiert für eine „Demokratie des Vertrauens“: Politik muss aushalten, dass Freiheit Fehler, Widersprüche und Unvollkommenheit einschließt – und gerade darin ihre Legitimation findet.

Marina Münkler & Herfried Münkler (2020): *Handeln in der Unsicherheit. Über Demokratie und ihre Konflikte*

Hamburg: Rowohlt. ISBN 978-3-498-00106-1

Dieses Buch ist die gegenwartsnahe Erweiterung des Münkler'schen Denkens über die Mitte. Die Autoren analysieren, wie Demokratien in einer Welt permanenter Krisen (Migration, Energie, Klima, Sicherheit) standhalten können, ohne ihre Maßstäbe zu verlieren. Besonders relevant ist der Gedanke, dass Demokratien ihre Widerstandskraft nur dann bewahren, wenn sie ein „Minimum an gemeinsamem Vertrauen“ zwischen den politischen Lagern aufrechterhalten. Die „Brandmauer“ wird hier nicht als Trennlinie, sondern als Bedingung des Maßhaltens beschrieben – ein Balanceakt zwischen Abgrenzung und Dialog.